

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 09.11.2010**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Bergner, Annegret Dr.	CDU	
Schachtschneider, Andreas	CDU	
Wünscher, Ulrike Dr.	CDU	Vertreterin für Herrn Bauersfeld
Haupt, Ute	DIE LINKE.	Vertreterin für Herrn Trömel
Lange, Hendrik	DIE LINKE.	
Sitte, Petra Dr.	DIE LINKE.	
Diaby, Karamba Dr.	SPD	
Hopfgarten, Klaus	SPD	
Krausbeck, Elisabeth	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreterin für Herrn Paulsen
Raab, Katja	FDP	
Strech, Dietrich	MitBÜRGER für Halle	
Zschocke, Jürgen	Verw	
Deuerling-Kalsow, Heike	SKE	
Kneissl, Ralf-Jürgen	SKE	
Marquardt, Bertolt	SKE	
Meißner, Petra	SKE	
Riemann, Andreas	SKE	
Senger, Thomas	SKE	

Es fehlen:

Bauersfeld, Martin	CDU	Vertreterin: Frau Dr. Ulrike Wünscher
Trömel, René	DIE LINKE.	Vertreterin: Frau Ute Haupt
Paulsen, Oliver	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreterin: Frau Elisabeth Krausebeck
Nowotny, Andreas	SKE	
Rautzenberg, Michael	SKE	
Stark, Regine Dr.	SKE	
Dauert, John	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.10.2010
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12
Vorlage: V/2010/09214
 - 4.2. Grundsatz- und Baubeschluss zur EU-Schulbauförderung (EFRE) 2007 - 2013 für die Schulstandorte Integrierte Gesamtschule Halle, Sekundarschule "Johann Christian Reil" und Grundschule Am Heiderand.
Vorlage: V/2010/09257
 - 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Grundsatz- und Baubeschluss zur EU-Schulbauförderung (EFRE) 2007 - 2013 für die Schulstandorte Integrierte Gesamtschule Halle, Sekundarschule "Johann Christian Reil" und Grundschule Am Heiderand (V/2010/09257).
Vorlage: V/2010/09337
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachkundigen Einwohners im Bildungsausschuss, Thomas Senger, zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung
Vorlage: V/2010/09267
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Bericht zum Übergangsmanagement Hort-Grundschule und Sprachstandsfeststellung in der KITA
 - 7.2. Umsetzung Konjunkturpaket II
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schachtschneider begrüßt die Anwesenden und informiert, dass es vier Anträge auf Rederecht gibt, Herrn May zum baulichen Zustand der GS Frohe Zukunft, die Schülervertreterin, der Elternvertreter der Schule sowie eine Vertreterin der Lehrer der Förderschule Am Jägerplatz. Es findet eine Abstimmung zum Rederecht statt.

Abstimmungsergebnis zum Rederecht

Ja- Stimmen **10**
Nein-Stimmen **-**
Enthaltungen **1**

Herr May spricht zum baulichen Zustand der GS Frohe Zukunft. Er bittet um Unterstützung zur Beschaffung der notwendigen Finanzmittel und um den Umzug im 2. Schulhalbjahr in das Gebäude der ehem. Sekundarschule.

Herr Schachtschneider eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung. Es wurde fristgemäß geladen. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen und bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.10.2010

Es gibt keine Ergänzungen oder Korrekturen zur Niederschrift, die Abstimmung erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

8 x Ja- Stimmen

0 x Nein-Stimmen

3 x Enthaltungen **- einstimmig zugestimmt**

zu 4 **Vorlagen**

Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12

zu 4.1 **Vorlage: V/2010/09214**

Im Vorfeld fand eine Anhörung statt, an der nicht alle Mitglieder des Bildungsausschusses teilnehmen konnten, die Redebeiträge folgen

Stellungnahme der Schülervereinerin – Die Schülerinnen und Schüler sind einstimmig gegen die Schließung der Schule

Stellungnahme Frau Meißner – Vertreterin des Lehrerkollegiums

Stellungnahme Herr Hensel – Vertreter des Schulelternrates

Herr Hildebrand – informiert zum Verfahren der Anhörung

Herr Schachtschneider bittet, die kommende Diskussion nicht auszuweiten.

Frau Dr. Sitte vermisst eine Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes.

Herr Schachtschneider informiert, dass das Landesverwaltungsamt schriftlich zur Anhörung eingeladen wurde und nicht teilgenommen hat.

Herr Lange würde vor der Entscheidung gern eine Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes sehen und stellt einen Antrag auf Nichtbehandlung und Vertagung der Beschlussvorlage bis zur Vorlage der Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes.

Abstimmungsergebnis:

8 x Ja-Stimmen

0 x Nein-Stimmen

3 x Enthaltung - vertagt -

Bezugsbeschlüsse:

- Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 (Beschluss Nr. V/2009/08287 vom 27.01.2010)
- Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2010/11 (Beschluss Nr. V/2009/08549 vom 24.02.2010).

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.08.2009, § 44 Abs. 3, Ziff. 9 und 24 in Verbindung mit dem Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung des 12. Änderungsgesetzes vom 14.07.2009, § 22 und der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung vom 22.09.2008, § 4 Abs. 8 und § 7 Abs. 5 die **Schließung der Förderschule am Jägerplatz zum Schuljahr 2011/12.**

Anmerkung: Wie sich nach der Sitzung des Bildungsausschusses herausstellte, wurde das Landesverwaltungsamt zur Anhörung am 3.11.2010 eingeladen. Das Schulverwaltungsamt hat schriftlich um Stellungnahme zu den vorliegenden Eltern- und Schüleräußerungen gebeten.

zu 4.2 Grundsatz- und Baubeschluss zur EU-Schulbauförderung (EFRE) 2007-2013 für die Schulstandorte Integrierte Gesamtschule Halle, Sekundarschule „Johann Christian Reil“ und Grundschule Am Heiderand Vorlage: V/2010/09257

Herr Schachtschneider informiert, dass es als Tischvorlage einen Antrag der Fraktion MitBürger für Halle –Neues Forum auf Erweiterung der Beschlussvorlage gibt.

Herr Kogge erklärt, dass die Verwaltung den Antrag übernimmt.

Herr Hildebrand sagt, dass mit der Umsetzung dieser Beschlussvorlage die Schulbauprioritätenliste umgesetzt werden kann.

Herr Lange ist der Meinung, dass man froh sein kann, wenn die Sanierung endlich losgeht. Er sieht jedoch ein Problem, ob die PPP-Projekte mit der EU-Förderung kompatibel sind. Ist über Vorlage verärgert, da PPP-Projekte nicht unumstritten sind und fordert eine bessere zahlenmäßige Unterlegung.

Herr Hildebrand – die Schulbaurichtlinie widmet in den Gliederungspunkt 2.2.2 und 2.4.2 dem Problem des PPP-Projekts. Herr Kogge hat Rücksprache mit dem Ministerium gehalten, um dieses Problem zu klären. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung liegt im Schulverwaltungsamt zur Einsicht aus.

Herr Marquardt bittet um Zusendung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, evtl. als PDF-Datei.

Herr Kogge erklärt, dass die Möglichkeit der Einsichtnahme geboten wurde. Die Bestandsfähigkeit der Schulen wurde überprüft, ein pädagogisches Konzept wurde ausgearbeitet. Die Daten können als PDF-Datei verschickt werden.

Herr Dr. Diaby ist der Meinung, der Beschluss sollte schnellstmöglich gefasst werden, sonst geht es zu Lasten der Kinder.

Frau Raab fragt, inwieweit die Ausrichtung der Schule bei der Entscheidung eine Rolle spielt.

Herr Kneissl gibt die Stellungnahme des LVwA zu Bedenken – das LVwA stellt genaue Auflagen für die Schulentwicklungsplanung an das Schulverwaltungsamt, auch zu den Gesamtschulen (das Fehlen der Gymnasialstufe ist dabei relevant).

Herr Strech möchte für das PPP-Projekt werben, da er da bereits Erfahrungen gemacht hat. Ohne die LZP ist das Projekt nicht zu leisten, er kann natürlich nicht abwägen, was teurer oder was billiger ist.

Frau Krausbeck fragt nach der Finanzierung/den Eigenmitteln und der Beteiligung der Schulen.

Herr Schachtschneider hat sich den Zustand der Sek Reil angeschaut und ist der Meinung, dass die Sekundarschulen gestärkt werden sollten. Das hängt natürlich auch von der äußeren Hülle ab. Auch die Sanierung der GS Am Heiderand ist dringend nötig. Er sieht auch den Einwand von Herrn Kneissl, das Problem der Gesamtschulen mit der Gymnasialstufe.

Herr Kogge erklärt die Situation der IGS. Die Gymnasialstufe ist nicht gefüllt. Die Beteiligung der Eltern, Schüler und Lehrer war bei der EFRE-Förderung gegeben, da das pädagogische Konzept der Ausschlagpunkt der Förderung war. Bei KII haben die Mittel nicht gereicht, es sind Mehrkosten (Beispiel: Büschdorf) entstanden, das kommt bei privaten Unternehmen (PPP oder LZP) nicht vor. Die Lebenszykluserfahrungen sind sehr gut, andere Städte kommen zu uns, um sich darüber zu informieren.

Herrn Lange geht es nicht darum, LZP zu zerreden. Ein privater Auftragnehmer scheint es besser hinzubekommen, als wenn die Stadt baut. Man sollte überlegen die PPP-Erfahrungen zu nehmen und in ein eigenes Konzept zu packen, dass die Stadtverwaltung dann umsetzt. Herr Lange möchte davor warnen, die IGS in Frage zu stellen. Er möchte wissen, warum es mit der gymnasialen Oberstufe jetzt auf einmal ein Problem gibt.

Herrn Marquardt geht es um die Verfahrensfrage PPP und er benötigt die kompletten Unterlagen, um sich ein genaues Bild zu machen. Er kennt auch schlechte Beispiele.

Frau Dr. Bergner möchte wissen, ob heute trotz fehlender Unterlagen eine Abstimmung erfolgen soll, das wurde durch Herrn Marquardt bestätigt.

Herr Senger informiert, dass keine weiteren Kooperationsklassen mehr zugelassen werden, bestehende Kooperationsklassen werden aber auch nicht aufgelöst. Die IGS hat im Moment nicht die Räumlichkeiten, um sich zu entfalten. Ebenso macht Herr Senger darauf aufmerksam, dass die Unterlagen rechtzeitig zugehen sollten, da diese erst in der letzten Woche zugegangen sind, das ist zu kurz.

Herr Hopfgarten möchte sich nicht am Zerreden des Themas beteiligen und auf Herrn Lange zurückkommen. Es ist in seinem Sinne, dass die Arbeiten zügig beginnen, das Modell IGS sollte erhalten bleiben.

Frau Raab möchte voranstellen, dass alle 3 Gebäude sanierungsduftig sind. Wenn es heute beschlossen wird, was passiert, wenn die IGS bestandsgefährdet wird. Müssen dann die Fördermittel zurückgezahlt werden?

Frau Krausbeck – möchte auf die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung eingehen. Die Kostenschätzung des ZGM im Brandschutzkonzept IGS im Vergleich zur LZP-Variante.

zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Grundsatz- und Baubeschluss zur EU-Schulbauförderung (EFRE) 2007 - 2013 für die Schulstandorte Integrierte Gesamtschule Halle, Sekundarschule "Johann Christian Reil" und Grundschule Am Heiderand (V/2010/09257).

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage wird mit um den folgenden 3. Beschlusspunkt erweitert:

3. Der Stadtrat beschließt, dass bei der Bauplanung und Bauausführung die künftigen Nutzer direkt einbezogen werden und insbesondere bei den konkreten Festlegungen zur Raumnutzung gesicherte Erkenntnisse pädagogischer Architektur im Sinne der Wirksamkeit des sogenannten „Dritten Lehrers“ berücksichtigt werden.“

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachkundigen Einwohners im Bildungsausschuss, Thomas Senger, zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung

zu 5.1 Vorlage: V/2010/09267

Herr Senger sagt, dass es geht darum, bei der Satzungsänderung die bestehenden Fehler in der aktuellen Satzung zu beheben.

Frau Dr. Sitte erklärt, es geht um Grundschüler mit besonderem Förderbedarf, es wird ein Formfehler thematisiert, gab es hierzu eine Abstimmung mit dem Rechtsamt?

Herr Schachtschneider erklärt - man spricht nach dem 2. oder 3. Jahr nach Schuleintritt, ist das so gemeint oder ist das 2. /3. Schuljahr gemeint?

Herr Senger erklärt, dass mit Beginn des Schuleintritts in einer Förderschule gemeint ist, also um Kinder mit Förderbedarf bei Schuleintritt für die ersten beiden Schuljahre.

Frau Krausbeck merkt an, dass es um Kinder in der 1. oder 2. Klasse mit Förderbedarf geht. Es kann die Vermutung angestellt werden, dass diese Kinder den Schulweg nicht bewältigen, danach (ab der 3. Klasse) sollte ein amtsärztliches Gutachten erfolgen.

Herr Kogge erklärt, es gibt ein Landesgesetz. Es geht darum, ob der Weg verhältnismäßig und sicher ist und ob der Weg bewältigbar ist. Darin wurde geklärt, was Behinderte sind. Diese wurden aus dieser Sache herausgelöst. Er ist bereit, es sich erklären zu lassen. Die Forderung im Antrag ist eine über das Landesgesetz hinausgehende Leistung, wie soll die Finanzierung gesichert werden? Er bittet um Erklärung.

Frau Raab fragt, ob das Landesgesetz eine Einzelfallregelung zum Wohle des Kindes verhindert?

Herr Kogge erklärt, es ist entscheidend, ob der Weg verhältnismäßig ist.

Frau Krausbeck ist der Meinung, die 2 km-Regelung sollte nicht von diesem Antrag betroffen sein, diese sollte bestehen bleiben.

Herr Senger erklärt, wir wollen nicht jeden Förderschüler befördern, sondern die, die außerhalb der 2 km wohnen und die einen Antrag gestellt haben. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es eine große Zahl von Eltern gibt, die mit der Verfahrensweise nicht klarkommen. Herr Senger fragt nach bereits vorliegenden Zahlen von den amtsärztlichen Gutachten?

Frau Dr. Sitte ist der Meinung, dass eine Möglichkeit und keine Pflicht geschaffen werden soll. Es gibt einen Hinweis auf die Sicherheit von Schulwegen. Das kann jedoch nicht verallgemeinert werden, denn das ist bei den Kindern sehr unterschiedlich. Es kann sein, dass der Schulweg für diese Gruppe von Schülern nicht sicher ist – es handelt sich um eine besondere Gruppe von Kindern.

Herr Lange bittet die Verwaltung um Stellungnahme, warum in der Satzung ein Fehler passiert ist. Es wird auf eine neue Schülerbeförderungssatzung gewartet. Wenn man den Begriff „Behinderung“ näher betrachtet, gibt es ja das Sozialgesetzbuch. Wenn es zu solchen Komplikationen kommt, müssen Förderschüler zum Amtsarzt geschickt werden. Diese Kinder sollten aber nicht erst zum Amtsarzt geschickt werden. Er befürwortet den Antrag. Es sollte für die ersten beiden Klassen ein Automatismus erfolgen, dass Prozedere mit dem Amtsarzt sollte erst ab der 3. Klasse erfolgen.

Herr Schachtschneider ist der Meinung, es sollte dann auch eine entsprechende Bedürftigkeit bestehen, wenn Eltern keine Arbeit haben, können diese auch ihre Kinder zur Schule begleiten.

Frau Dr. Sitte warnt vor dieser Sichtweise. Diese ist sozial nicht vertretbar.

Herr Marquardt fragt, ob es eine Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Thema gibt.

Herr Strech ist dafür, die Amtsgänge für die Eltern zu verringern. Die Hürden für die Diagnostizierung sind sowieso sehr hoch. Man könnte doch bei der Feststellung des Förderbedarfes den individuellen Beförderungsbedarf gleich mit festgestellt werden.

Herr Hopfgarten möchte darauf hinweisen, dass der Status der Eltern (Arbeit oder nicht) keine Rolle spielen darf. Wollen wir es versagen oder wollen wir es nicht versagen, das ist die Frage. Die Frage ist jedoch, wer das beurteilen kann. Er ist der Meinung, dass es nur ein Mediziner beurteilen kann. Er wird aus diesem Grund den Antrag nicht befürworten.

Frau Raab möchte, eine Gegenüberstellung der Kosten – Verwaltungskosten – amtsärztliches Gutachten und der Schülerbeförderungskosten. Diese Kosten sollten berücksichtigt werden.

Frau Dr. Bergner stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung auf die nächste Sitzung und klarer Formulierung des Antrages.

Herr Lange ist mit der Verfahrensweise nicht einverstanden.

Herr Kogge hat die Stellungnahme der Verwaltung vorliegen.

Frau Dr. Wünscher kritisiert die Form des Änderungsantrages, insbesondere die Einbringung des Antrages durch die Fraktion in Zusammenarbeit mit dem sachkundigen Einwohner und bittet bis zur Wiederaufnahme des Antrages um eine Klärung durch das Rechtsamt.

Frau Dr. Sitte geht davon aus, dass zum nächsten Ausschuss eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung vorliegt, ebenso rechnet sie mit einer Zuarbeit/Prüfung durch das Rechtsamt.

Abstimmungsergebnis:

6 x Ja-Stimmen
4 x Nein-Stimmen
1 x Enthaltung - vertagt -

Beschlussvorschlag:

Zur Klarstellung der Beförderungsregeln für SchülerInnen mit Behinderungen und FörderschülerInnen werden im § 3 der Schülerbeförderungssatz der Stadt Halle (Saale) die Absätze 1 bis 3 geändert und erhalten folgende neue Fassung:

§3 Beförderung von Schülern mit Behinderung / Förderschüler

- (1) Ist eine Beförderung von Schülern mit Behinderung durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nicht möglich, ist die gesonderte Beförderung mit anderen Verkehrsmitteln durch die Stadt Halle gemäß § 71 Abs. 6 SG LSA sicherzustellen.
- (2) Förderschüler der allgemeinbildenden Schulen sowie der Förderschulen unter Berücksichtigung der Entfernung der Schulwege nach § 2 Abs. 1a und Abs. 2a, erhalten eine gesonderte Beförderung für den Zeitraum von 2 Schuljahren ab dem Schuleintritt. Ab dem 3. Jahr nach Schuleintritt haben die Erziehungsberechtigten die Notwendigkeit einer gesonderten Beförderung mit Hilfe eines amtsärztlichen Gutachtens nachzuweisen. Soweit die Notwendigkeit fortbesteht, kann bei Eintritt in ein nachfolgendes Schuljahr ein erneutes amtsärztliches Gutachten vom Schulverwaltungsamt gefordert werden.
- (3) Für alle Schüler die nicht unter Abs. 1 und 2 berücksichtigt werden, ist die Beförderung jeweils mindestens sechs Wochen vor Beendigung des laufenden Schuljahres unter Vorlage eines amtsärztlichen Gutachtens von den Erziehungsberechtigten beim Schulverwaltungsamt der Stadt zu beantragen. Für den Fall des Neubeginns der Beförderung ist sofort, nach Vorlage des amtsärztlichen Gutachtens, die gesonderte Beförderung zu beantragen.

Absatz 4 bleibt unverändert

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Bericht zum Übergangsmanagement Hort-Grundschule und Sprachstandsfeststellung in der KITA

Frau Lukas berichtet zur Verständigung Hort/Grundschule und stellt die Auswertung des Fragebogens des Schulverwaltungsamtes vor. Es gab 90 % Rückmeldungen.

Herr Senger interessiert wie die unterschiedlichen Bewertungen bei den Kooperationsverträgen zustande kommen.

Frau Lukas kann dazu keine konkrete Antwort geben.

Frau Dr. Sitte findet die Idee gut, wenn aus den Antworten Empfehlungen abgeleitet werden könnten.

Herr Lange fragt nach der Hortbeförderung für behinderte Kinder.

Frau Lukas berichtet über die Sprachstandsfeststellung/Sprachförderung.

Mitteilung zur Internationalen Schule

Herr Hildebrand berichtet kurz zur Internationalen Schule.

Die Gründungsimpulse kommen von der Wirtschaft, an deren Seite haben sich die Wirtschaftsunternehmen der Stadt gestellt. Es wurde eine Machbarkeitsstudie gemacht. Es gibt noch keine Aussage zum Schulgebäude. Die konkreten Informationen werden an das Protokoll angehängt.

Mitteilung Bauzustand Latina

Herr Hildebrand informiert, dass mit der heutigen Post ein Schreiben des LB Bau eingetroffen ist. Die Anfrage zum Bau wurde darin nicht beantwortet. Es wurde darauf verwiesen, die Anfrage direkt an die Stiftungen zu stellen.

zu 7.2 Umsetzung Konjunkturpaket II

Herr Hildebrand informiert zum KII-Fortschritt, es liegen alle Baugenehmigungen vor und der Baubeginn kann erfolgen.

Der Bau in der GS Diesterweg geht auch voran, auch wenn man das von Außen nicht immer sehen kann, es läuft vieles über den Schulhof.

Büschdorf TH und Hort – die Bauarbeiten verzögern sich und der Bau wird teurer.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Dr. Diaby ist mit der Beantwortung zur Anfrage Latina nicht zufrieden. Es liegen viele Elternbeschwerden vor, dass die Kinder Mehrbelastungen tragen müssen.

Herr Dr. Diaby fragt Frau Lukas nach der Fachtagung.

Frau Lukas antwortet, dass es nur eine Fachtagung der Horterzieherinnen geben wird.

Herr Dr. Diaby fragt nach Kindern mit Migrationshintergrund bei der Sprachstandsfeststellung.

Frau Lukas antwortet, dass die Daten an das Ministerium gegeben wurden. Diese werden dort ausgewertet.

Frau Raab möchte wissen, was die Machbarkeitsstudie für die internationale Schule gekostet hat und warum diese Studie gemacht werden musste. Sie bittet um eine schriftliche Antwort.

Herr Kneissl möchte wissen, wie mit der Auflage des LVwA zu Gesamtschulen umgegangen wird. Weiterhin möchte er wissen, ob es dazu bereits Überlegungen gibt, was zur Sicherung der Gesamtschulen gemacht werden kann.

Herr Lange möchte wissen, wer die Machbarkeitsstudie zur internationalen Schule in Auftrag gegeben hat.

Herr Lange fragt nach der falschen Interpretation des Schulgesetzes für Schülerbeförderungssatzung und bittet um mündliche Antwort, er fragt ebenso nach dem Gebäudezustand der GS Frohe Zukunft und nach der internationalen Schule.

Herr Kogge erläutert, dass der Sachverhalt zur internationalen Schule nicht im Bereich des Dezernates IV angelagert ist. Die Stellungnahme zur Schülerbeförderungssatzung erfolgt durch Herrn Hildebrand.

Herr Hildebrand kann nicht mehr nachvollziehen, wie der Fehler entstanden ist. Das Rechtsamt ist mit der Heilung beauftragt, die Antwort wird den Mitgliedern des Bildungsausschusses zugehen.

Herr Hildebrand informiert zur Gebäudesituation der GS Frohe Zukunft. Die 8 benannten Festlegungspunkte werden an dieses Protokoll angehängt.

Herr Kogge führt noch weiter zur Gebäudesituation und den Mängeln aus.

Frau Krausbeck hat eine Frage zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung, sie möchte wissen, ob die vorliegende Vorlage die gesamte Fortschreibung ist oder es noch weitere Vorlagen gibt.

Herr Hildebrand antwortet, dass die vorliegende Vorlage die einzige Vorlage zur Fortschreibung ist.

Herr Kogge wird die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag Schülerbeförderung an das Protokoll anhängen lassen.

Herr Lange fragt nach, ob es auch schon zu Maßnahmen in diesem Jahr in der GS Frohe Zukunft kommen kann.

Herr Kogge antwortet, dass die 8-Punkte-Liste noch in diesem Jahr umgesetzt werden soll.

Frau Dr. Sitte möchte wissen, was hat Schülerbeförderung 1./ 2. Klasse vor der Änderung der Satzung gekostet, wie hoch sind die Kosten der Beförderung für Schülerinnen/Schüler mit amtsärztlichen Gutachtens und wie hoch sind die Kosten die dazukommen, wenn pauschal befördert wird. Sie interessiert sich für die Kosten der gesamten Schülerbeförderung und die Kosten der Schülerbeförderung für die Behinderten.

Herr Schachtschneider fragt warum Büschdorf um 400 T€ teurer geworden ist und wo diese Summe jetzt eingespart wird.

Herr Kogge erklärt, dass die Ausschreibung mangelhaft war. Die Summe soll im KBZ eingespart werden. Was, kann Herr Kogge im Moment nicht beantworten, das muss beim Dienstleister – ZGM abgefragt werden.

zu 9 Anregungen

Frau Meißner möchte anregen, dass der Ort für die Durchführung des nächsten Bildungsausschusses ausreichend groß sein soll.

Herr Schachtschneider erklärt, dass die Sitzung in der GS Frohe Zukunft stattfinden wird. Die Sitzung kann bei entsprechendem Bedarf in der TH stattfinden.

Herr Lange bittet die Frage der Internationalen Schule in einer der nächsten Sitzungen im nächsten Jahr auf die Tagesordnung zu setzen, der zuständige Dezernent sollte dann, für Rückfragen, anwesend sein.

Anlagen

Festlegungsprotokoll GS Frohe Zukunft („Konsensliste“)
Stellungnahme zur Schülerbeförderung

Für die Richtigkeit:

Datum: 12.01.11

Jürgen Zschocke
Protokollführer

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender